Arbeitsblätter

Nummer 5

SDS und Arbeiterbewegung
Bundesseminar 27. 7. - 1. 8. 1964 in Hoberge bei Bielefeld
Zusammenfassung der Referate und Diskussionen

Die Arbeitsblätter werden für die Mitglieder des SDS herausgegeben, In ihnen stellt der Bundesvorstand des SDS Aufsätze, Referate, Protokolle, Arbeitskreisergebnisse zur Diskussion. Sie sind nicht nur zur Sebstverständigung gedacht. Sie wollen zugleich als Hinweise für unsere politische Praxis verstanden sein. Sie bleiben internes Arbeitsmaterial, entstanden durch Mitarbeit der Gruppen und zufällige Ereignisse. Verantwortlich: Manfred Liebel, Bundesvorsitzender des SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUNDES, 6000 FRANKFURT/MAIN W 13, Kurfürstenstr. 8, Tel.: 77 64 22 .

Nummer 2 ist erschienen im August 1964.

Fritz Lamm: Die Rolle der Westeuropäischen Arbeiterbewegung im Hinblick auf Abrüstung und Entspannung

---

I. Um eine richtige und illusionslose Einschätzung der Rolle der Arbeiterbewegung im Hinblick auf Abrüstung und Entspannung zu gewinnen, muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die Arbeiter zwar wohl immer gegen den Krieg eingestellt sind, aber sich nicht unbedingt für die Abrüstung aktivieren lassen. Vielmehr ergibt sich eher eine partielle und materielle Interessiertheit an der Aufrüstung aus ihrer objektiven Situation. Das Interesse am Arbeitsplatz liegt dem Einzelnen näher als die Einsatzbereitschaft für übergeordnete Ziele. Das Primat des materiellen Lebens gilt für die Arbeiterklasse auch im Bereich der Rüstungsproduktion, in dem ein beträchtlicher Teil von ihnen beschäftigt ist. (Überdies sind i.d. USA z.B. viele Arbeiter Rüstungskleinaktionäre; Abrüstung wäre für sie ein Verlust an Sparkapital) Ein Antirüstungsprotest kann im Ernstfall den Verlust des Arbeitsplatzes nachsichziehen und in solcher Lage kennt der Arbeiter keine Gesinnungshemmungen. Hieraus resultiert sein latentes Bereitsein für Rüstung, auch in Krisenzeiten, das insofern stärker ausfällt, als eine westeuropäische Arbeiter<u>bewegung</u> als Einheit und Aktionseinheit noch nicht existiert und gehemmt ist durch die sozialdemokratischen Parteien, die den Interessen ihrer nationalen Bourgeoisie folgen (auch in den Krieg).(Stellung der frz. Sozialdemokratie zum Algerienproblem; engl. Arbeiterpartei, die weitgehend nach den Rücksichten ausgerichtet war, die England gegenüber dem Commenwealth zu nehmen hat)

II. Obgleich die einheitlich verbindliche Perspektive maßgeblich durch die Anti-Ostblock-Haltung gewahrt ist, divergieren die nationalen Interessen der Bourgeoisie, an denen sich die Sozialdemokratien orientieren, doch erheblich in der praktischen Politik, was sich deutlich in den verschiedenen Phasen und Spielarten der amerikanischen - nach wie vor "antiostivistischen " Außenpolitik zeigt:

1. Der Kalte Krieg in Gestalt der Mc Arthurschen Konzeption nach dem Muster des Präventivkriegs:"Man darf nicht warten, bis der Osten rüstungsgleich mit dem Westen ist".

2. Der Kalte Krieg der Adenauer-Dulles-Ära mit der bewußten Provokation eines verschärften Wettrüstens, das konjunkturhemmend für den Ostblock ist und dessen Lebensstandard unterhöhlt -

3. Die Koexistenzpolitik des Kennedyflügels (der Strauß stürzte und Erhard stützte), der anstelle auf das nunmehr zu kostspielige Instrument des Wettrüstens sich auf den Sektor der Bedarfsdeckung stützte und einer "friedlichen" Politik den Vorzug gabdoch unter gleichem Vorzeichen: grundlegendes Ziel war eine intensive Bindung der Entwicklungsländer an den Westen durch massive Entwicklungshilfe und Immunisierung der Massen durch eine spezifisch sozialdemokratische Ideologie-

III. Die Kennedypolitik gab den entscheidenden Auftakt zur politischen Transformationsepoche, in der Schwächeerscheinungen, Auflockerungen und Brüche in den entgegesetzten Bündnissystemen (s.Polyzentrismus) zutage treten und der Möglichkeit eines Ausbrechens aus den Machtblöcken in Ost und West größeren Raum lassen.

Die Chance einer unabhängigen Politik bietet sich an Mit den Schwankungen in der offiziellen Ost-West-Politik vollzieht sich auch ein Schwanken der Sozialdemokratien und eine in sich differenzierte Akzentverschiebung in der Situation der westeuropäischen Arbeiterbewegung:

1. Frankreich

Der Gaullismus ("Neuauflage von Jeanne d'Arc und Napoleon") beschwört bei realer Einschätzung der internationalen Kräfteverhältnisse (Algerien-China) durch eigenwillige Prestigepolitik Durcheinander herauf, indem er die Perspektive der antikommunistischen Bündniseinheit durchbricht und teilweise die Fronten des kalten Krieges auflöst.(evtl. DDR-Anerkennung)

2. Italien

Durch die Abwendung von den USA und der antikommunistischen Natokonzept ion wird eine Linksblockbildung mit Tendenzen zur Koexistenzpolitik möglich, die weitgehend durch Nennis Initiative wirksam werden könnte, der aus Furcht vor einem Wiedererstehen des Faschismus ein starkes Linkslager und sogar eine Linksregierung befürwortet, obwohl er kaum von dem "deutschen" Wunsch beseelt ist, einmal Minister zu werden.

Die italienische Innenpolitik ist zwangsläufig an krisenhemmenden bzw. konjunkturfördernden Faktoren orientiert. Nur eine Regierung, die sich als fähig erweist, die inneren Krisen (bes. Süditalien) zu meistern, wird sich halten können. Dies kann z.B. leicht und bequem dadurch geschehen, daß die Autoindustrie durch langfristige Rüstungsaufträge gestützt wird, wodurch aber gerade die potentielle Rüstungsbereitschaft der Arbeiter neuen Auftrieb bekäme. Der italienischen Arbeiterbewegung stellt sich die Alternative, entweder vor dem Rüstungsflügel zu kapitulieren, oder aber Strukturveränderungen zu fordern: zuletzterem ist der Nenniflügel nicht bereit.

3. Belgien

Die belgische Arbeiterbewegung besitzt eine bessere Kampftradition und ist stärker politisiert durch die heftigen Streikbewegungen, die in Reaktion auf die Abschreibungen an Kolonialbesitz (Kongo) erfolgten, deren Lasten auf die Bevölkerung abgewälzt wurden.

4. Skandinavien

Die skandinavischen Parteien sind weitgehend auf eine Neutralitätspolitik festgelegt und erschöpfen sich fast ausschließlich in Krisenbefürchtungen.

Eine sozialistische Internationale im Sinne einer gemeinsamen Politik ist seit Beginn des 20.Jh. überhaupt nicht mehr zustande gekommen. Gründe: Die Tabuisierung kommunistischer Arbeiterorganisationen, die eines der Haupthindernisse für eine Gesamtaktion auf europäischer Ebene darstellt.

Die westlichen Sozialdemokratien vertreten immer weniger die Interessen der Arbeiterschaft, und vereinigen in zunehmendem Maße Randschichten auf sich, was sich gut am Beispiel Frankreichs zeigt, wo die sozialdemokratische Partei eine Partei der Angestellten und Dienstleistungsberufe darstellt. Die frz. Arbeiter stehen dagegen hinter der KP und stellen, obwohl ausgeschlossen von der Mitbestimmung, eine entscheidende gesellschaftliche Kraft dar. In Italien ist die gutbezahlte Metallarbeiterschaft KP.

Eine endgültige Entscheidung zur vorläufigen Entwicklung wird erst mit den Ergebnissen der amerikanischen Präsidentschaftswahlen fallen können. Bei einer möglichen Problemverschiebung wäre eine Neuorientierung erforderlich. Das Thema wäre evtl. neu zu fassen. Nicht nur der Goldwaterfaschismus, auch der Johnsonflügel kann u. Umständen die Fortführung des kalten Krieges betreiben.

In der westeuropäischen Arbeiterbewegung können die bestehenden Pro-Rüstungstendenzen verstärkt werden durch etwaige Konjunkturrückschläge in bestimmten Sektoren der Metallindustrie. Die SPD scheint sich von einer Zuwendung zur Rüstungsindustrie viel zu versprechen. Ein Erfolg der SPD würde somit durchaus eine stärkere Besetzung des Kalten-Kriegs-Flügels mit sich führen. Man wird sparsam umgehen mit der Anerkennung östlicher Fortschritte, was auf der Ängstlichkeit der SPD vor Momenten einer günstigen Entwicklung in der DDR beruht, die mit einer Krise etwa in der westlichen Metallindustrie zusammenfallen und somit zur Bloßstellung ihrer Rüstungsbereitschaft führen könnte.

Bei einer realen Einschätzung der gegenwärtigen politischen Perspektiven im Hinblick auf die europäische Arbeiterbewegung ist für das Selbstverständnis der deutschen Linken die Einsicht wichtig, daß eine Überschätzung der Frage der deutschen Einheit von der Arbeiterbewegung ablenkt. Ein aufgezwungen Nationalinteresse, das im Grunde immer den eigentlichen Interessen der Arbeiterklasse widerspricht absorbiert alle Energien, die für eine internationale sozialistische Politik brauchbar wären. Und die Ausrichtung auf die Wiedervereinigung entspricht umso weniger den Interessen einer (west)europäischen Arbeiterbewegung, je mehr sie einer antikommunistischen, revanchistischen Konzeption verfällt und je weniger sie das Problem der deutschen Einheit im Rahmen einer weitreichenden Konzeption der internationalen Entspannung und sozialen Strukturveränderung stellt. Durch die Ratifizierung des Generalvertrags hat Westdeutschland ohnehin gezeigt, daß es gewillt war, westdeutsche Politik zubetreiben und damit die Wiedervereinigung auf lange Sicht zu vertagen. (Auf diese Funktion des Deutschlandvertrages ist bereits 1951 in der vom Vortragenden mitherausgegebenen Zeitschrift "Funken" in einem Artikel von Mark Römer hingewiesen worden).

Die Tendenzen zur europäischen Integration stellen fraglos eine objektiv fortschrittliche Tendenz dar, die aber insofern zu einem gefährlichen Element werden kann, als sie in Kombination mit einer extrem rückschrittlichen Machtkonzentration wirksam werden.kann. (Die jüngere Geschichte weist Beispiele für diese Möglichkeit auf:vgl. die Vereinigung von Deutschland u. Österreich, die von den Sozialdemokraten gewünscht und vom Faschismus realisiert wurde)

Ein vereinigtes Westeuropa auf monopolkapitalistischer Basis kann entweder liberales Gepräge, getreu dem image der bürgerlich-parlamentarischen Integration annehmen, oder aber die faschistische Alternative eines autoritären, gewerkschaftsfeindlichen Blocks sein, "gestützt von den USA und gesegnet vom Vatikan" Der Zement dieses Europas wird die Rüstungsindustrie sein. Und die Sozialdemokratie wird auf Grund ihrer antikommunistischen Ideologie entscheidende Geburtshilfe leisten für ein Europa als antibolschewistischer Block und Puffer bei Einreihung in die Nato. Gegen ein solches Europa können und müssen wir effektiv die Alternative eines sozialistisch integrierten Europas als Entspannungsfaktor stellen: ein vereintes Europa nur mit einer starken Arbeiterbewegung kann die Alternative gegen ein kapitalistisch organisiertes Europa sein.

In diesem Zusammenhang muß sich unsere Arbeit intensiv darauf einstellen, im Rahmen des uns Möglichen aktiv an der Schaffung der Voraussetzungen für ein sozialistisches Europa mitzuwirken. Der erste und wichtigste Schritt in Richtung auf ein Europa der Entspannung und des Sozialismus wäre zu tun durch uns "Intellektuelle" indem wir die elementaren Möglichkeiten, die unseren Fähigkeiten naheliegen, im weitesten Sinne wahrnehmen:

1. Die Intensivierung des sozialistischen Erfahrungs- und Informationsaustauschs (auch durch zunächst naturgemäß leichter herstellbare persönliche, inoffizielle Kontakte-) auf übernationaler, europäischer Ebene die in außerordentlich fruchtbarer Wechselwirkung stehen kann mit:

2. Der Intensivierung der gegenseitigen Einflußnahme und Bindung zwischen Arbeiterklasse und sozialistischer Intelligenz im eigenen nationalen Rahmen selbst (Kooperation zwischen Gewerkschaften und SDS ein guter Ansatz, der fortgeführt werden sollte)

Die schon vorhandenen Ansätze der

a) Antirüstungskampagne

b) Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

wären fortzuführen in Richtung einer sozialistischen Transformation:

a) Der Kapitalismus ist unfähig, seine Rüstungsindustrie abzubauen. Eine Abrüstung macht eine grundlegende Strukturveränderung nötig; Abrüstung ist möglich nur durch Sozialismus. Es stellt sich die Alternative: Massenvernichtung oder Sozialismus! Mithin ist für alle sozialistischen Kräfte die tiefere Konsequenz : Kampf gegen den Krieg bedeutet Kampf um die Macht! Es ist dem Kapitalismus nicht möglich, die Basis der Rüstungsindustrie aufzugeben: *"Der Kapitalismus trägt den Krieg mit sich wie die Wolken das Gewitter" (Jean Jaurès) Die Kriegsfrage ist in einer wohlstandssaturierten Gesellschaft der Hebelpunkt, um ein antikapitalistisches Bewußtsein aus dem bloß moralischen Unbehagen zu entwickeln und zu artikulieren.

*ohne sich selbst aufzugeben.

b) Die Gewerkschaften müssen ein Alternativprogramm vorlegen, daß die Furcht der Arbeiter vor einem Verlust ihres Arbeitsplatzes bei einem Ausbleiben der Rüstungsaufträge zerstreuen kann. Die Chance einer bewußten Öffentlichkeit, in Kriegs- und Krisensituationen, Einfluß auf Entscheidungen zu nehmen, ist nicht gering. Im äußersten Notfall könnte ein Generalstreik die Kriegsmaschinerie stillstellen.Für eine solche Aktion muß vorher bereits ein entschiedenes Bewußtsein ausgebildet sein; nur so wird eine Mobilisierung der Öffentlichkeit die Gefahr einer Entwicklung zum Kriege auch schon vorher eindämmen. (Sie hätte es z.B. verhindert, daß die SPD den Fall Heye so leichthin abschieben konnte, wie es im Parlament geschah. Durch eine Rückendeckung in der Öffentlichkeit werden kritische Abgeordnete in ihrer Position gestärkt und andere in ihrer Bereitschaft, sich ihnen anzuschließen.)

Der SDS darf sich nicht so weit von den Gewerkschaften entfernen (IGM,IG-Chemie), daß keine Bildungs- und Schulungsarbeit im Rahmen dieser Organisationen möglich ist. Gegenüber kommunistischen Parteien empfiehlt es sich, anstelle der spektakulären Kontakte informelle, unauffällige Kontakte aufzunehmen. Wir müssen unsere situationsbedingte Unabhängigkeit dazu benutzen, die für die großen Organisationen tabuierten Aufgaben wahrzunehmen, insbesondere, uns eine Vorstellung von kontinuierlichem politischen Tageskampf zu verschaffen und damit von günstigen Aktionsansätzen für künftige Gesellschaftskämpfe, deren bewußtseinsmäßige und.organisatorischen Voraussetzungen in der gewerkschaftlichen Bildungs- und Schulungsarbeit ihre erste Vorbereitung finden.

Heinz Kuby: Die Rolle der europäischen Arbeiterbewegung im Hinblick auf die EWG

Während Fritz Lamm im vorangehenden Referat in einer Analyse der sich bereits abzeichnenden Auflockerungserscheinungen des Westblocks und der in sich differenzierten Schwankungen der west europäischen Arbeiterparteien die Chancen und unterschiedlichen Möglichkeiten für eine unabhängige Politik entsprechend dem unterschiedlich rationalen Entwicklungsstand und Erfahrungsgrad innerhalb des europäischen Sozialismus deutlich werden ließ, fordert Heinz Kuby die Angleichung der politischen Differenzen und Niveauschwankungen auf ein einheitliches Mittelmaß im Zuge der westeuropäischen Integration. Während zuvor in der subjektiven Aktionsbereitschaft und objektiven Fähigkeit progressiver Kräfte die einzige Chance für ein sozialistisches Europa liegt, bietet bei Kuby umgekehrt das bereits "integrierte"Europa erst allen progressiven Kräften die Chance tätig zu werden. In grundsätzlichem Unterschied zu Fritz Lamm ist erst nach abgeschlossener Gesamtintegration und -organisation Europas eine einheitliche Aktionsfähigkeit entwicklungsfähig und das Problem eines sozialistischen Europas zu stellen;in umgekehrter Sicht aber kann ein sozialistisch organisiertes Europa nur aus den Aktionen der fähigsten sozialistischen Kräfte wachsen.

Diese Perspektive gründet sich auf folgende Erwägungen:

1. Eine "Neueinschätzung der Staatsmaschinerie" sei erforderlich, nach der Staat und Verwaltung" nicht mehr ausschließlich Machtapparat der herrschenden Klasse" ist sondern starke Planungselemente enthält und damit die Möglichkeiteiner sozialistischen Gestaltung in sich trägt.

2. Eine grundsätzliche Unmöglichkeit einer politischen Revolution auf nationaler Ebene, da "isolierte Revolutionen Interventionen ausgesetzt" sind und infolge der auch für sie verbindlichen" Abhängigkeit von Weltverbindungen" ökonomisch unfähig, eine eigene Sicherungspolitik durchzuführen. Ein Vergleich der Außenhandelszahlen (Anteil des Außenhandels am Bruttosozialprodukt) reiche völlig aus, um die internationale wechselseitige Verflechtung vor Augen zu stellen: Niederland 40 %; Großbritannien 18 %; Frankreich 10 %; BRD 14,5%; USA 3 %. (Angaben von 1963/64)

3. Ein vollständig integriertes Europa aber könne sich als souveräne Weltmacht konstituieren, seine Machtansprüche im Weltmaßstab geltend machen und bei genügender Deckung vor äußeren Eingriffen, seinen Eigencharakter wahren und u. U. bestimmend in der internationalen Politik eingreifen- und wenn sich Modifikationsmöglichkeiten zwischen Alternativpositionen bieten, wäre auch eine unabhängige sozialistische Politik verifizierbar.

4. Die EWG sei fähig zu unabhängiger Politik und potentiell-autonom, da sie ökonomisch bereits soweit unabhängig von den USA sei, daß kein Übertragungsmechanismus erfolgen kann, es sei denn in umgekehrter Richtung. Am Schluß des Referates gestand Kuby zu, daß die EWG noch keine wirtschaftliche Union sondern primär eine politische (Hallstein) sei . Die wirtschaftliche Kooperation steckt erst im Anfang. Die soziale Umschichtung oder Integration liegt noch in weiter Ferne. Nicht einmal eine "soziale Harmonisierung" sei vorgesehen. Es ist vorerst faktisch unmöglich, eine Sozialintegration zu erzwingen. Die EWG bleibt in ihrem bisherigen Stadium eine Teilintegration. Ungeachtet dessen sei "bei einem Minimun an Autoritätsverzicht eine gemeinsame Regelung zu finden."

Die Diskussion fand die Vorstellung, daß erst nach einer abgeschlossenen Gesamtintegration die Chance für eine sozialistische Gesamtaktion gewährt ist, abstrakt und fragwürdig, dagegen eine effektive Ausnützung der günstigen örtlichen Bedingungen als einen wesentlich konkreteren Beitrag zum internationalen Klassenkampf.

Nationale Revolutionen sind organisatorisch nicht aufeinander abzustimmen. Da die revolutionäre Situation nicht nur von der Wirtschaftslage abhängig ist, sondern auch vom Bewußtseinsstand, bedeutete z. B. die Hoffnung auf eine gemeinsame europäische Aktion eine Verschleppung der Revolution bis zu dem Zeitpunkt, an dem auch die apathischste Arbeiterschaft Kampfentschlossenheit zeigte bedeutete die Herabsetzung der Chancen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner (in der EWG wäre das die Bundesrepublik).

Das Abwarten einer günstigen internationalen Lage wird zu einem Faktor, der die Reifung der Kampfentschlossenheit retardiert. Wenn die Arbeiterklasse in einem Land zum Kampf bereit ist, wird es zur Pflicht, ihn sofort aufzunehmen, um in den benachbarten Ländern die Kampfentschlossenheit beispielgebend anzufachen.

In der EWG gibt es jetzt nur einen Abbau der Zollschranken, die Verpflechtungen des Kapitals sind noch marginal. Solange man eine kapitalistische Klasse noch im eigenen Land angreifen kann, solange sind nationale Revolutionen die erfolgreichste Kampfform. Ist aber erst einmal die nationale Wirtschaftssouveränität beseitigt, werden nationale Revolutionen vor große Schwierigkeiten gestellt: sie müssen daher in der noch gegebenen Frist stattfinden. Bevor es zu einer europäischen Arbeiterbewegung kommen kann, müßte es zu einer europäischen Gewerkschaftsbewegung kommen: die Revolution würde wieder um ein halbes Jahrhundert verschoben (Je weiter eine Arbeiterorganisation vom Betrieb entfernt ist, desto größer ist ihre Bürokratisierung, desto geringer die Anteilnahme der Mitglieder an ihr: ein mönströser europäischer Gewerkschaftsbund würde den revolutionären Kampf erschweren).

Heinz Brakemeier: "Zur heutigen Rolle politischer Friedensorganisationen und kleiner sozialistischer Gruppierungen in der Bundesrepublik"

Die grundlegende These des Referats ging davon aus, daß in einem Parteienstaat wie in der BRD politische Energien zwangsläufig in Parteien drängen und um effektiv zu sein, sich auch parteimäßig konstituieren müssen. In der BRD aber gibt es keine sozialistische Partei (außer den zersplitterten Resten sozialistischer Gruppierungen). Große neue politische Parteien heben gebildet im Zusammenhang mit großen geschichtlichen Ereignissen u. zwar entweder durch einen großen Riß von oben nach unten eine alte Massenpartei oder durch Neukonstituierung einer schon vorhandenen Massenbewegung. Die Rolle kleiner sozialistischer Gruppierungen wird unterschiedlich beurteilt, teils als fruchtlos, in der Zielsetzung kurzfristig und folgenlos, teils als notwendiges kritisches Element und Korrektiv. Der Hauptgrund für das Fehlen einer großen sozialistischen Partei in der BRD ist das Fehlen einer großen Konzeption, durch die jede große Bewegung getragen sein muß Wenn eine große Konzeption entfällt, entfällt auch die Basis. Eine kleine, enggefaßte Zielsetzung führt bei Versagen und Nichterreichen rasch zur Resignation. Zu diesen situationsbedingten organisatorischen und programmatischen Schwierigkeiten treten noch Mängel in der personalen und persönlichen Zusammensetzung sozialistischer Gruppen hinzu: erforderlich seien Leute mit politischer Leidenschaft, Mut und Initiative, ohne das sie immer der Vorwurf treffen sollte, unzuverlässig, weil zu emotional zu sein.

DieArbe iterschaft als Bewegung ist nicht mehr existent. Die Niederlagen des Proletariats haben immer der kapitalistischen Stabilisierung neue Wege geöffnet und zu einer zunehmenden Rechts-

orientierung der Sozialdemokration geführt, die wiederum der kapitalistischen Restaurierung entscheidend Hilfe leistete, beginnend mit dem Verrat an der russischen Revolution bis zum bundesrepublikanischen Antikomminismus, der seine Reserven hauptsächlich aus der stalinistisch-en Abschreckungspraxis und dem Lebensstandardgefälle von West nach Ost bezieht.

Von den KPs wurde die sozialistische Politik auf eine Friedenspolitik reduziert. Unter diesem Aspekt wären die verschiedenen Nachkriegsgruppierungen zu untersuchen:

1. "Sozialdemokratische Aktion", 1947 gegründet, beschränkte sich darauf, das Jader SPD zur Aufrüstung und Bündnispolitik zu kritisieren, verzichtete aber auf weiterreichendes Programm;

2. "Verband Unabhängiger Sozialisten" (VUS), hervorgegangen aus d."Zentralausschuß ausgetretener u. ausgeschlossener Sozialisten", folgte im westlichen der Friedenspolitiklinie und verwies die sozialistische Praxis auf den Bereich der Bildungsabeit. Seit Unterstützung der DFU kam es zum Bruch.

3. "Initiativausschuß zur Gründung einer sozialistischen Partei", aus der Spaltung hervorgegangen unter der Führung von Agartz, dessen Verdienst es war, die Frage des Kriegs immer im Zusammenhang mit dem Kapitalismus zu sehen. Die Gründung ging bis in die Tage der WISO zurück, sie forderten die sofortige Gründung einer neuen Partei, da es nach der Korrumpierung des Großteils der Gewerkschaften sinnlos sei, von ihnen noch etwas zu erwarten;

4. "Arbeitskreise" rekrutierten sich überall in der BRD im legalen Rahmen der Gewerkschaften u. der SPD in wichtiger Kreis, der seine Arbeit auf die Gewerkschaften beschränkt, sammelt sich um die "arbeitshefte";

5. DFU, vollbrachte eine phantastische organisatorische Leistung, die ohne die derzeitige Mitarbeit der KP nichtmmöglich gewesen wäre. Ihre politische Konzeption, die Sicherung des Friedens, dürfte hinfällig sein, da sie heute in eine Situation geraten ist, die Alternativen nur noch rechts zu sehen.

6. "Sozialistischer Bund", hervorgegangen aus der Förderergesellschaft des SDS. Er ist gegenwärtig nicht viel mehr als andere sozialistische Gruppierungen. Trotz allem ist eine Aufrechterhaltung der kleinen Gruppierungen notwendig um

   1. die Sozialisten vor der Flucht ins Privatleben und vor der Anpassung zu bewahren und 2. um alle bestehenden Bewegungen, bes. die Friedensbewegung, mit Schwerpunkt im Ostermarsch zu unterstützen und sie damit in den weiteren politischen Kampf zu überführen und einzubeziehen.

Die Konstituierung einer kleinen sozialistischen Partei sei in absehbarer Zukunft durchaus möglich. Im Zuge der Auflockerung des stalinistischen Blockes und der polyzentristischen Tendenzen (Togliatti), sozialistischen Ansätze inner der Gewerkschaften und bei einer möglichen Enttäuschung der Sozialdemokraten nach einer Wahlniederlage nach 65, die neue Linkswendung Folge haben könne. Vorstellbar wäre ein Äquivalent zur Pazifistischen Sozialistischen Partei (Holland) zu den "Volkssozialisten" (Dänemark), der PSU, PSIUP, das die Funktion einer parlamentarischen "Konkurrenzhilfe" wahrnimmt.

Die Diskussion fand eine Regenerierung der SPD im sozialistischen Sinne unmöglich, die Spaltung der SPD von innen her wäre öffensichtlich eine weniger spekulative Erwägung. Eine gesellschaftspolitische Alternative wäre wohl schwer durch eine parlamentarische Konkurrenz durchzusetzen, sondern eher durch soziale Kräfte (Gewerkschaften), bei denen bereits eine größere Wirkungsbasis vorhanden ist und bei entsprechender Mobilisierung eine weitreichendere Resonanz finden würden als eine Katalysatorpartei, die, wenn sie es überhaupt schafft, sich trotz der 5 %Klausel zu konstituieren, immer noch Gefahr läuft , dem Antikommunismus, und nicht einer potentiellen Linkswendung, der SPD Konkurrenzhilfe zu leisten und sich an die Wand drücken lassen kann. Vielleicht wäre es auch nicht unwichtig, die außerparlamentarische Oppostion intensiv zu aktivieren gegen die Tendenzen der schleichenden Faschisierung und um sekundär auf eine Auflockerung der parlamentarischen Fronten hinzuwirken. Auch sind u. U. die Wirkungsmöglichkeiten von Gruppierungen, die nicht parteimäßig organisiert sind, größer (CND, Publikationszentren, Humanistische Union, Teilzweck-u. Teilinteressenbewegungen, die sich zur gegebener Stunde ohnehin zu gunsten einer sozialistischen Zielsetzung transformieren können, aber sich durch eine offizielle Parteiidentifikation jetzt das Wasser abgraben und sich vermeidbaren und schädlichen Diffamierungen aussetzen würden).
Allgemein schienen nur Gesellschaftskämpfe die geeignete Ansatzmöglichkeit für eine Neugruppierung und Neuorientierung.

Zum Schluß wurde das Generationenproblem innerhalb des SDS angeschnitten. Betont wurde die Notwendigkeit, die nach Studienabschluß aus, dem Vergleich zu anderen sozialistischen Gruppen weitaus am effektivsten arbeitenden SDS ausscheidenden Genossen für die weitere Mitarbeit und Wahrnahme sozialistischer Aufgaben zu erhalten. Es sei nur zu hoffen, daß im SDS das sozialistische Bewußtsein sich hinreichend etabliert, sodaß demnach Vollendung des Studiums möchtig werdenden "Verlangen nach Kind, Haus und Gartenzwerg" und vorherrschenden Wünschen nach bürgerlich umhegten Familienglück die nötige Distanz entgegensteht.

Die Möglichkeiten für eine zweckvolle Gestaltung einer Weiterverbindungmit und unter den älteren SDS-generationen sind noch nicht ausdiskutiert.

Fritz Lamm: "Zum Stand der Entwicklung der SPD zur 'Volkspartei'

Um die Gesamtproblematik der bürokratischen Institutionalisierung und ihrer Folgen in den Griff zu bekommen, müssen wir erkennen, daß bereits in der wilhelminischen Epoche in der neuen Sozialschicht, die aus der Bürokratie der Partei (einschließlich ihrer parlamentarischen Repräsentanten) und der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterverbände, der rale Träger der Integrationsideologie geboren wurde. Sie war an der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei interessiert und dachte konservativ im Rahmen dieser Aufgabe, ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinausdenken zu wollen und zu können. In der allen Institutionen immanenten Anpassungstendenz an vorgegebene Machtverhältnisse liegt der wichtigste soziologische Faktor für die Zweckentfremdung einer politischen Partei. Erst auf der Grundlage des Aufstiegs dieser neuen breiten Sozialschicht der Arbeiterbürokratie und der hauptberuflichen Arbeiterparlamentarier verwandelte sich der bis dahin in einer breiten Schicht der ehrenamtlichen Funktionäre lebendige Wille zur Aktion in einer künftigen revolutionären Situation, deren geistiger Vorbereitung die Partei zu dienen habe, in die Preisgabe dieses "Voluntarismus" zugunsten einer nur noch passiven Entwicklungserwartung, wie sie ja ohnedies in der offiziellen Sprache der Partei aus Legalitätsgründen stets allein vertreten werden konnte.

Unter der Lassallschen Konzeption wurde das Kampfbewußtsein über die Kraft der eigenen Aktion zur demokratischen Mitbestimmung transformiert und entfernte sich weit von den "Erwägungsgründen der Statuten der Internationalen Arbeiterorganisation", in denen Marx 1864 entwarf, "daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß". Unter Emanzipation versteht man in Deutschland Angleichung und Gleichstellung, nicht aber Befreiung und Umwälzung (wie in England). Bereits in dieser frühen Phase können wir einen Verlust an Streikbewußtsein zugunsten der Hoffnungen auf ein allgemeines Wahlrecht beobachten. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewachsen bei der Hochkonjunktur der wilhelminischen Ära und bei der Umstrukturierung der Bevölkerung vom Land zur Stadt. Sie konnte trotz des Verbotes zur Massenpartei wachsen (Freiheit und Justizvollzug waren im Wilhelminischen Reich größer als in der BRD), und ein beachtliches Kampfbewußtsein entfalten und die unumstrittene Führungsrolle in der I. Internationale erlangen, da das Wilhelminische Reich genügend Spielraum für die intellektuelle Vorbereitung bot. Aber die Besserung der Existenzbedingungen ließ eine <u>Emanzipation mit dem Bürgertum</u> möglich erscheinen und das ursprüngliche Ziel einer <u>Emanzipation vom Bürgertum</u> in Vergessenheit geraten. Die Arbeiterschaft war zu Ausgang der wilhelminischen Epoche mit dem Staat verwachsen und weit von ihren Grundlagen entfernt: dem Kommunistischen Manifest von 1848! Ein Verrat an der Arbeiterklasse ist immer nur möglich, wenn er von einer großen Bereitschaft der Massen für einen reaktionären Umschwung getragen wird. Die tertiären Schichten waren in der Lage gewesen, der Arbeiterschaft ein neues Bewußtsein aufzudrängen. Die nationale Bourgeoisie fand 1914 eine umfassende nationale Kriegsbereitschaft der Massen vor. Das historische Gedächtnis der Linken hatte sich schlecht bewährt: nur 18 aus der Fraktion stimmten gegen die Kriegskredite.

Die gleichen Arbeitermassen, die in den ersten Novembertagen des Jahres 1918 die Initiative an sich rissen und - von keiner Führung gerufen - die Monarchie zerschlugen, hatten jedoch die Veränderung des Wesens ihrer Partei und ihrer Führung nicht begriffen. Sie hielten die Kriegspolitik ihrer Partei, der sie 1912 ihre Stimme gegeben hatten, für ein nur taktisches Versagen, dessen Anlaß nun durch ihr Eingreifen aus dem Wege geräumt sei. Noch hielten sie es für selbst-

verständlich, daß mindestens die Machtgrundlagen des Finanzkapitals zerschlagen und teilweise sozialisiert, Offizierskorps und Justiz beseitigt würden. Aber sie vertrauten in eine für diese Aufgabe völlig unvorbereitete Führung. Die durch die Spaltung zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Spartakusbund sich stellende Alternative zwischen Räte-Demokratie und parlamentarischer Republik mußte die in sozialdemokartischem Denken erzogenen Arbeiter verwirren und sie in letzter Konsequenz der Integrationsideologie der alten Parteibürokratie ausliefern. Zuvor waren andere Formen der demokratischen Republik als die bürgerlich-parlamentarische nie diskutiert worden und mußten der Mehrheit der von der alten Sozialdemokratie geschulten Arbeiter zunächst unverständlich erscheinen. Dieses Unvorbereitetsein, das zum Verrat führte, war somit von langer Hand vorbereitet.

Im Gegensatz zu Rußland, wo Kerenski durch die Fortsetzung des Krieges scheitert, siegt das deutsche Bürgertum mit der gleichen Parole, mit der die Bolschewiki siegten, mit der Parole "Frieden und Brot". Aber die Monarchie wurde durch die Generale hinweggefegt, anfangs sogar in der Absicht, die Monarchie durch ein Zwischenkabinett zu erhalten. Und die Mehrheit der Führer der alten Mehrheitssozialdemokratie sah im Rahmen der Anpassungsgewohnheiten und -vorstellungen, die sie vor der Revolution entwickelt hatten, in aller Selbstverständlichkeit das Offizierskorps und die bürokratischen Institutionen des alten Staates nicht nur als gleichberechtigte, sondern weit überlegene Partner an. So kam es zum Bündnis zwischen der obersten Heeresleitung und Friedrich Ebert, das alle Demokratisierungsbeschlüsse des Rätekongresses in Bezug auf die Struktur der Armee überspielen konnte. (Ebert: "Ich hasse die Revolution wie die Sünde").

Die sozialistische Bewegung wurde zu Beginn der Weimarer Republik nicht durch ein fehlendes Gefühl für die Macht bei der linken Führung kompromittiert, wie in der Diskussion verschiedentlich angedeutet wurde, sondern durch die Tendenz zur Anpassung an die vorrevolutionäre Gesellschaftsordnung und das vorrevolutionäre System, die naturgemäß zur Folge hatte, daß die ihren ursprünglichen Vorstellungen entfremdete Führungsspitze der Mehrheitssozialdemokratie in der Revolutionsperiode keinen Machtwillen gegenüber diesen früheren Führungsschichten entwickelt. Andererseits aber besitzt diese Führungsgruppe gegenüber ihren Auftraggebern, den revolutionären Massen, durchaus Machtbewußtsein, das gegenüber den Machtträgern des gestürzten Regimes am richtigen Objekt gewesen wäre. (Es wäre aber verfehlt und schematisch, in einem fehlenden Machtinstinkt bei Intellektuellen den Schlüssel zum Machtproblem finden zu wollen! Das Problem ist differenzierter). Die Parteiführung der Mehrheitssozialdemokratie war vielmehr gegen ihren eigenen Willen durch die revolutionären Arbeiter und Soldaten zur Alleinmacht und Alleinverantwortung im Rat der Volksbeauftragten gezwungen worden. Hinter dem Rücken dieser Auftraggeber schuf der Rat der Volksbeauftragten aber über die Brücken der bürgerlichen Staatssekretäre das Bündnis mit der alten Bürokratie. So lag es durchaus im Rahmen dieser sozialpsychologischen Situation der Führung der Mehrheitssozialdemokratie, daß ein Gustav Noske den energischen Kampf gegen revolutionäre Tendenzen mit Hilfe der in den Freikorps gesammelten gegenrevolutionären Kader aus der alten Armee durch brutalen Terror führte, und es beruht nicht auf purer Zufälligkeit, das aus den von Noske gegründeten Milizen später faschistische Kampfverbände hervorgingen.

Die Sozialdemokratie tendiert traditionell zum bürgerlichen Staat, zum Bündnis mit der Bourgeoisie, und zur Verteidigung ihrer Institutionen. Die Konjunktur der späten 20-er Jahre (wenn sie auch wesentlich hinter der der 50-er Jahre zurückbleibt) hat einen, wennauch verspäteten Orientierungswechsel verhindert. Das "Staatsbürgerbewußtsein"

kompromittiert in wachsendem Maße die Aktionsfähigkeit. Für die KP wird die SPD der nächsstehende Gegner, nach dessen Niederwerfung erst der Kampf gegen den Faschismus gerichtet werden kann. Die Chance einer gemeinsamen Aktion, die sich im Papenputsch vom 20.Juli 1932 (dem anderen 20.Juli!) bot, blieb ungenutzt. Durch das Ausbleiben entschlossen und progressiv geführter Aktionen nahm die Demoralisierung der Massen rapide zu.

Heute hat die SPD nicht nur ein Hineinwachsen in den Staat der Bourgeoisie, sondern auch in die kapitalistische Ökonomie vollzogen. Ein Wechsel und eine sozialistische Regenerierung sind kaum noch zu erwarten. Die antikommunistische Rettungspsychose der Sozialdemokratie ist stärker denn je. Und die SPD trägt entscheidend dazu bei, das pluralistische Ideal des Wirtschaftsbürgers, der mit allen Interessen spezifisch kapitalistischer Prägung verflochten ist, in das Bewußtsein der Arbeitnehmer zu pflanzen.

Fritz Vilmar: "Zur politischen Entwicklung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik"

Die Einheitsgewerkschaften von 1945/46/49 sind ein Produkt des gemeinsamen Widerstandes verschiedener weltanschaulicher Gruppierungen gegen die Hitlerdiktatur und hatten sich als überparteiliche Dachorganisation in der Nachkriegsepoche konstituiert. Der Einheitsgedanke hatte sich in Bezug auf die konfessionelle Zersplitterung und Trennung durchgesetzt und ermöglichte die organisatorische Zusammenfassung von 16 Großorganisationen im DGB, der als solcher durchaus einen gewaltigen organisatorischen Fortschritt darstellt, zumal seine formelle parteipolitische Unabhängigkeit als eine günstige Voraussetzung für eine erweiterte Handlungsfähigkeit gewertet werden muß. Alle gemäßigt sozialistischen Grundsätze der Einheitsgewerkschaft wurden ohne Anstoß allgemein akzeptiert, da die dezidierte Ablehnung des Kapitalismus alle politischen Gruppen erfaßte und alle konfessionellen Differenzen überdeckte. Die grundsätzliche Ablehnung des Kapitalismus erscheint selbst in der Sozialethik des Katholizismus, maßgeblichen Äußerungen von Frings und dem Ahlener Programm der CDU.

Aus dem satzungsmäßig garantierten Recht des Vorstandes zur Verkündung des Streiks zum Schutze der Demokratie geht eindeutig das vorbehaltlose Bekenntnis der Einheitsgewerkschaft zum politischen Engagement hervor. Eine Politisierung der Gewerkschaften zumindest im theoretischen Ansatz war eingeleitet und äußerte sich nachhaltig im Kampf um die Mitbestimmung. Auf die Hinauszögerung der paritätischen Besetzung in den Führungsgremien des Privatkapitals durch die Restaurierung des Privatkapitalismus reagierten die Gewerkschaften heftig im Montanmitbestimmungsstreik und in den Kämpfen um das BVG. Der Montanmitbestimmungsvertrag, der durch gewerkschaftlichen Druck zustande kam, kann somit als der vorläufig größte Erfolg in der Nachkriegsgeschichte gewertet werden. Das BVG vom Oktober 1952 dagegen wurde nicht durch einen Streik erreicht, sondern von der CDU oktroyiert; er stellt eine eindeutige Niederlage dar. In seiner verwässerten Form verlieh es der Rekonstituierung der Arbeitgeberverbände entscheidenden Auftrieb.

Die in dem gewerkschaftlichen Grundsatzprogramm von 1949 aufgestellten drei wesentlichen instrumentalen Forderungen (1. betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, 2. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, 3. Wirtschaftsplanung zur Durchführung dieser Ziele) sind ein Beweis, daß die Gewerkschaften einen Prozeß der Politisierung durchgemacht haben. Die erste geschlossene Gesamtperspektive ist hier manifestiert. Aber die Sozialisierungsmaßnahmen, auf die man im Zuge der Neuordnungs- und Entflechtungsmaßnahmen gehofft hat, erwiesen sich in zunehmendem Maße als unrealisierbar. In der Folgezeit kommt es daher zu einer Periode des Übergangs von einer grundsätzlichen zu einer tagespolitischen Orientierung, wobei auf die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln verzichtet wurde. Die sozialistischen Ansätze rückten deshalb in den Hintergrund, weil bereits in den ersten Nachkriegsjahren die grundlegenden Vorentscheidungen zugunsten der früheren Besitz- und Eigentumsverhältnisse gefallen waren. Die anfänglich von allen Parteien erhobene Forderung nach Beseitigung der ökonomischen Grundlagen des Faschismus wurde durch das US-Veto zunichte gemacht.

Für die Gewerkschaften ergab sich die Konsequenz, die Otto Brenner auf dem Gewerkschaftstag der IGM in seiner Stellungnahme zu seinem Grundsatzprogramm zog: "Die Gewerkschaften erkannten, daß sie den Schritt von einer grundsätzlichen zu einer tagespolitischen Orientierung vollzogen haben". Die endgültige Ausschaltung der früheren Machthaber in

der Wirtschaft ist, obwohl sie seinerzeit der allgemeinen Überzeugung entsprach, nicht verifiziert worden. Nach einigen Anfangserfolgen waren alle Versuche einer grundsätzlichen Änderung zum Scheitern verurteilt. Die richtige Konsequenz wäre die Wendung zum Kampf um die Verbesserung des Lebensstandards der Massen, der den Arbeitnehmern ihren berechtigten Anteil am Wirtschaftsaufschwung der 5oer Jahre sichern sollte.

Allerdings führte diese Periode der Umstellung und Umorientierung auch eine Bewußtseinsspaltung in der Gewerkschaftspolitik mit sich, eine Ambivalenz in ihrer Haltung zum Kapitalismus: die Aufrechterhaltung systembrechender Forderungen bei Anerkennung des gegebenen Systems; am deutlichsten in Georg Lebers Theorie der Gewerkschaften als Ordnungsfaktor, die allerdings eher einer pragmatischen Grundhaltung entspringt als einer grundsätzlichen Anpassung an den Trend der Restaurierung. Lebers Vorschlag, die Organisation attraktiv zu machen durch Sonderrechte für die Organisierten, ist unter Umständen durch Druckmittel der Unternehmer, die drohen könnten, die Sonderleistungen zu streichen, mit einer Gefahr der Abhängigkeit verbunden. Die Schizophrenie Lebers besteht darin, daß er zwar grundsätzlich die progressive Lohnpolitik bejaht und die Lohnsteigerungen am Produktivitätszuwachs orientiert, aber zugleich die geringen Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die Preissteigerung konzediert. Die Formulierung "expansive Lohnpolitik" ist bei Leber geändert in "aktive Lohnpolitik". Während Agartz fordert, daß die Relation von Lohnquote zu Gewinnquote größer werden muß, da die Arbeitnehmer am Gesamteinkommen nicht entsprechend ihrer statistischen Größe anteil haben:

	heute	1949
Abhängige	80%	70%
Selbständige	20%	30%

Dabei sind 60% des Volkseinkommens auf die Unternehmer vereinigt und nur 40% auf die Arbeitnehmer.

streicht Leber diese Forderungen, da er die Lohnsteigerung nur am Produktivitätszuwachs orientiert. Auf dem 6. Gewerkschaftstag umschrieb Leber die Überführung der Schlüsselindustrien nicht als selbständiges Programmziel, sondern als ein Mittel unter anderen zur Kontrolle der wirtschaftlichen Macht.

In Anbetracht des von dieser Zwischenperiode erzwungenen Orientierungswechsels enthalte das neue Grundsatzprogramm im Rahmen der gegenwärtigen Möglichkeiten bereits ein Maximum an Ansatzpunkten, die systemverändernd genutzt werden können. Während die Programmforderungen des Münchener Programms nur Pauschalforderungen enthielten, repräsentiere die Neuformulierung des Grundsatzprogramms vom November 1963 eine wesentliche Konkretisierung der ursprünglichen Konzeption. Auch enthalte es substantiell mehr als das frühere und sei im Stil zeitgemäßer, attraktiver und damit zukunftsträchtiger.

Die Kritik brachte vor, daß eine sozialistische Zielsetzung im Grundsatzprogramm nur ansatzweise als Unter- bzw. Randkategorie vorzufinden und auf ein Minimum reduziert ist. Der Diskussion erschien im wesentlichen eine weitblickende Zielsetzung, die weitreichend genug ist, den Kapitalismus grundsätzlich in Frage zu stellen und eine sozialistische Alternative zu entwickeln, einer sozialistischen Praxis angemessener. Nur Optimalforderungen erscheinen bei gewerkschaftlicher Agitation gerade in der Periode der Hochkonjunktur, die Rückgangs- und Abschwächungstendenzen ständig in sich trägt, geeignet, eine wirksame Erziehung der Bevölkerung zu dem zu vermitteln, was Sozialismus wirklich ist: Sozialismus als Überfluß für alle. In gewerkschaftlichen Dis-

kussionen sollten Optimallösungen vorangestellt werden: kostenloser Unterricht, Schulreform und allgemeine Oberschulbildung, Unentgeldlichkeit des öffentlichen Verkehrs, die Umschichtung der Konsumstruktur. Das Prinzip "jedem nach seinen Bedürfnissen" ist aktueller denn je und dürfte bei der Agitation seine Wirkung nicht verfehlen, da Sozialismus bisher immer mit Zwangswirtschaft assoziiert wird. Wir müssen und entscheiden, ob wir an die Realität der Wohlstandsillusionen entweder anknüpfen wollen, um sie verändern zu können, oder uns an sie anpassen wollen, um uns ihr zu unter erfen. Zur Zeit deutet alles darauf hin, daß in dem Programm die konkrete soziale Analyse und konkrete Zielsetzung durch den Apell an allgemeine Werte und humanitär-wohlfahrtsstaatliche Formeln ersetzt ist, die jeweils beliebig gedehnt und ausgelegt werden können wie die Bibel.

Die Hoffnung, durch eine "Überformung" und Umfunktionierung des Kapitalismus durch systembrechendes Einsetzen gemischtwirtschaftlicher Formen in Zusammenarbeit mit "kapitalistisch fortschrittlichen Kreisen, die auf die Planwirtschaft drängen", eine Strukturveränderung und -umwälzung zu erreichen, ist weniger sozialistisch und aussichtsreich als ein konkreter Entwurf eines sozialistischen Alternativplans (Contre-Plan), der ein umfassendes Gegenprogramm einer effektiven Wirtschaftsplanung aufstellt.

Gesamtprotokoll: Go. Vester